

Lebensstandard für Menschen mit Behinderung erhalten

Zur heutigen Pressekonferenz der CDU zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Grundsätzlich begrüßen wir das Ansinnen der CDU-Landtagsfraktion durch einen Bericht der Sozialministerin zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung vor dem Landtag Klarheit und Transparenz in die aktuelle öffentliche Diskussion zu bringen.

Leider haben die letzten Wochen gerade in diesem Bereich eher für Verwirrung gesorgt und Ängste bei den Betroffenen geweckt. Es freut uns, dass sich die CDU nun endlich aktiv im Interesse der behinderten Menschen einsetzt, da sie bislang weder im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen der Verbände und Einrichtungen noch bei der Gesprächsrunde der sozialpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung persönlich in Erscheinung getreten ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, dass

- die berechtigten gesetzlichen Ansprüche voll erfüllt werden
- Behindertenverbände, Einrichtungen und Einrichtungsträger in das Verfahren einbezogen werden
- volle Information und Transparenz für alle Beteiligten gewährleistet wird
- es keine Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung gibt und
- die Wahlfreiheit und größtmögliche Autonomie erhalten bleibt.

Unübersehbare Tatsache ist jedoch – und das verschweigt die CDU –, dass die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein deutlich stärker gestiegen sind als die gesamten Sozialhilfeausgaben. Die Steigerung der Eingliederungshilfe liegt zum Teil sogar erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, nach den diversen Ursachen für den Kostenanstieg zu suchen und eine offene Analyse durchzuführen. Dies muss gemeinsam mit allen Beteiligten geschehen und zum Ziel haben, Ursachen transparent zu machen – aber nicht Leistungen für Betroffene zu kürzen.

Lebensstandard für Menschen mit Behinderung erhalten

Zur heutigen Pressekonferenz der CDU zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Grundsätzlich begrüßen wir das Ansinnen der CDU-Landtagsfraktion durch einen Bericht der Sozialministerin zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung vor dem Landtag Klarheit und Transparenz in die aktuelle öffentliche Diskussion zu bringen.

Leider haben die letzten Wochen gerade in diesem Bereich eher für Verwirrung gesorgt und Ängste bei den Betroffenen geweckt. Es freut uns, dass sich die CDU nun endlich aktiv im Interesse der behinderten Menschen einsetzt, da sie bislang weder im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen der Verbände und Einrichtungen noch bei der Gesprächsrunde der sozialpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung persönlich in Erscheinung getreten ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, dass

- die berechtigten gesetzlichen Ansprüche voll erfüllt werden
- Behindertenverbände, Einrichtungen und Einrichtungsträger in das Verfahren einbezogen werden
- volle Information und Transparenz für alle Beteiligten gewährleistet wird
- es keine Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung gibt und
- die Wahlfreiheit und größtmögliche Autonomie erhalten bleibt.

Unübersehbare Tatsache ist jedoch – und das verschweigt die CDU –, dass die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein deutlich stärker gestiegen sind als die gesamten Sozialhilfeausgaben. Die Steigerung der Eingliederungshilfe liegt zum Teil sogar erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, nach den diversen Ursachen für den Kostenanstieg zu suchen und eine offene Analyse durchzuführen. Dies muss gemeinsam mit allen Beteiligten geschehen und zum Ziel haben, Ursachen transparent zu machen – aber nicht Leistungen für Betroffene zu kürzen.